

Papua-Neuguinea – durch Rohstoffexport in eine bessere Zukunft?

Rollenspiel



3 Stunden



12-30 Personen



anspruchsvoll

Material:

- Ablauf des Rollenspiels und Aufgaben für die Spielleitung
- Situationsbeschreibung für alle Gruppen
- Kreditangebot aus China für alle Gruppen
- Je eine der sechs Rollenbeschreibungen pro Gruppe

Darum geht es

- Die Teilnehmenden befassen sich mit der wirtschaftlichen Situation eines Landes des Globalen Südens.
- Aus der Perspektive unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure beschäftigen sie sich mit Mechanismen, die zu einer Schuldenkrise führen.
- Die Teilnehmenden erproben ihre Fähigkeit, strategisch zu argumentieren.

Durchführung

In einem Rollenspiel wird die Entstehung von Staatsschulden am Beispiel des Landes Papua-Neuguinea nachvollzogen. Das Land ist relativ arm, hat aber große Rohstoffvorräte, deren Ausbeutung zu einem erheblich wachsenden Reichtum des Landes führen könnte. Konkret geht es um die mögliche Ausweitung

des Flüssiggas-Exports. Das Rollenspiel spiegelt die Situation Papua-Neuguineas im Jahr 2013 wider, als es darum ging, weitere große Gasfelder im Hochland zu erschließen.

Es wird sehr viel Geld benötigt, um die Infrastruktur für die Gasförderung aufzubauen. Ein Gasförderungsgesetz soll sicherstellen, dass die Erlöse aus dem Ölgeschäft weitgehend in Papua-Neuguinea verbleiben, Arbeitsplätze geschaffen werden und die Wirtschaft angekurbelt wird.

Ausgangspunkt des Rollenspiels ist ein Brief aus China, in dem der papua-neuguineische Regierung ein günstiger Kredit angeboten wird. Das Land ist um Transparenz bemüht. Deshalb sollen in einer Anhörung vor einer endgültigen Entscheidung nicht nur staatliche, sondern auch zivilgesellschaftliche Akteure zu Wort kommen.

Die Rollen sind:

- Finanzministerium
- Wirtschaftsministerium
- *Bismarck Ramu Group*, eine kritische Nichtregierungsorganisation, die sich mit Fragen wirtschaftlicher Gerechtigkeit befasst
- Vereinigung der Bewohner*innen des Lake Kutubu
- Nationaler Kirchenrat von Papua-Neuguinea, einer ökumenischen Dachorganisation, die fast alle christlichen Kirchen in Papua-Neuguinea vertritt.
- Tageszeitung *One Papua New Guinea*

Die Anhörung und die dabei vertretenen Parteien sind fiktiv, die Argumente, die ausgetauscht werden, nicht.

Ablauf des Rollenspiels und Aufgaben für die Spielleitung

Als Spielleitung überwachen Sie den Ablauf und achten darauf, dass die Zeiten eingehalten werden. Die Zeiten in Klammern dienen als Anhaltspunkte.

1) Spieleinführung (20 Minuten)

Erklären Sie den Teilnehmenden den Ablauf des Rollenspiels. Teilen Sie die Teilnehmenden in sechs gleich große Gruppen ein und bitten Sie sie, sich entsprechend zusammenzusetzen.

2) Gruppenphase (90 Minuten)

Verteilen Sie nun die Materialien an die einzelnen Gruppen. Jede Gruppe erhält folgende Texte:

- Arbeitsblatt „Situationsbeschreibung“
- Arbeitsblatt „Kreditangebot aus China“
- Rollenbeschreibung (jede der Gruppen übernimmt eine der sechs Rollen)

Jede Gruppe soll ihre Texte zunächst in Ruhe durchlesen. Klären Sie Rückfragen. Anschließend haben die Gruppen Zeit, ihre Strategie für die anstehende Anhörung zu planen.

3) Vorbereitung der Anhörung (10 Minuten)

Die Gruppe „Tageszeitung: *One Papua New Guinea*“ hat die Aufgabe, die Anhörung vorzubereiten. Sie sollen ein Podium mit sechs Sitzplätzen (einen für jede*n Vertreter*in der sechs Gruppen) vorbereiten. Die restlichen Teilnehmenden bilden das Publikum.

4) Durchführung der Anhörung (45-60 Minuten)

Der*die gewählte Chefredakteur*in aus der Gruppe „Tageszeitung: *One Papua New Guinea*“ moderiert die Anhörung. Achten Sie als Spielleiter*in auf die Einhaltung der Zeitvorgaben: Nach der Begrüßung und kurzen Einführung durch den*die Chefredakteur*in erhalten die Vertreter*innen der Gruppen 1-5 je 2-3 Minuten Zeit für ein Eingangsstatement. Im Anschluss stellt der*die Chefredakteur*in die von Gruppe 6 vorbereiteten Fragen. Spätestens nach 30 Minuten sollte die Diskussion für das Publikum geöffnet werden. Nach weiteren 15 Minuten findet eine Abstimmung statt, ob das chinesische Kreditangebot angenommen werden soll oder nicht.

5) Auswertung (30 Minuten)

Die Teilnehmenden verlassen ihre Rollen. Diskutieren Sie mit den Teilnehmenden den Verlauf des Rollenspiels. Welche Argumente waren besonders überzeugend? Gehen Sie auch auf die tatsächlichen Entwicklungen in Papua-Neuguinea ein. Informationen dazu finden Sie unter erlassjahr.de/laenderinfos/papua-neuguinea.

Situationsbeschreibung

Wir befinden uns in Papua-Neuguinea, dem unabhängigen Teil der großen pazifischen Insel Neuguinea, im Jahr 2013. Das Land ist auch 38 Jahre nach seiner Unabhängigkeit von Australien noch sehr arm. Der Reichtum konzentriert sich in der Hauptstadt Port Moresby und den Minengebieten, während der größte Teil des Landes von Subsistenzlandwirtschaft lebt.

Hintergrund: Rohstoffexport und Armutsbekämpfung

Gold, Kupfer und Erdgas machen 80 Prozent der Exporte Papua-Neuguineas aus. Das Land ist besser als vergleichbare Länder durch die globale Finanzkrise 2008 gekommen, unter anderem weil die Preise für die exportierten Rohstoffe bis 2013 relativ hoch geblieben sind.

Der Staat Papua-Neuguinea war vor 2013 nicht übermäßig hoch verschuldet, der Privatsektor des Landes, der die Rohstoffe ausbeutet, aber schon. Mit dem jüngsten Rohstoffpreisverfall fielen auch die Einnahmen des Staates und wurden durch internationale Kreditaufnahmen teilweise ersetzt.

Im Jahr 2013 hofft die Regierung durch eine große Ausweitung der Erdgasförderung einen bedeutenden Entwicklungssprung nach vorn machen zu können.

Papua-Neuguinea im Jahr 2013

Das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen liegt bei etwas über 2.300 US-Dollar pro Jahr. Die Unterschiede zwischen der Hauptstadt und den Minengebieten einerseits und dem großen Rest des Landes andererseits sind aber sehr groß. Während die Mehrheit der Menschen in der informellen (Land-)Wirtschaft tätig ist, werden in den Bergbauzentren, in der Hauptstadt und auf den für den Export wirtschaftenden Plantagen höhere Löhne gezahlt.

Das politische System des Landes ist recht instabil. Parteien funktionieren eher auf der Grundlage persönlicher und familiärer Loyalitäten als auf der politischen Programme. Daher ist es in der noch kurzen Geschichte des Landes häufig zu Regierungswechseln gekommen.

Traditionell erfreut sich das Land einer vergleichsweise freien Presse; allerdings machen sich auch hier mehr und mehr autoritäre Tendenzen bemerkbar. Die Verletzungen von Menschenrechten durch staatliche Behörden und „Sicherheitsfirmen“ bereitet Menschenrechtsaktivist*innen schon länger große Sorgen.

Darum geht es:

Papua-Neuguineas Erdgasvorräte sind riesig. Deshalb verbindet die Regierung ebenso wie die breitere Bevölkerung mit ihnen die Erwartung auf einen großen Entwicklungsschub, wenn es gelingt, die Produktion spürbar auszuweiten. Vor kurzem erreichte ein Brief aus China die Regierung mit dem Angebot, Papua-Neuguinea einen Kredit zur Ausweitung der Erdgasförderung im Hochland sowie zum Aufbau der notwendigen Infrastruktur zum Export zur Verfügung zu stellen.

Das ist zu entscheiden:

Soll die Regierung auf das Angebot aus China eingehen und den Kredit aufnehmen? Die Regierung lässt sich von dem Grundsatz leiten, dass die Kreditaufnahme transparent sein muss. Deshalb hat sie die Presse über das chinesische Angebot informiert.

Vor einer endgültigen Entscheidung im Parlament findet eine Anhörung von Regierungsvertreter*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen mit einer Probeabstimmung statt.

Kreditangebot aus China

im Jahr 2013

Sehr geehrter Herr Präsident,

Ihr Land hat unter Ihrer weisen Führung in den vergangenen Jahren bemerkenswerte Erfolge erzielt und dank eines geschickten Umgangs mit den beträchtlichen Bodenschätzen sein Pro-Kopf-Einkommen deutlich steigern können. Ihr Staat macht gute Fortschritte in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Infrastruktur.

Angesichts dieser wirtschaftlichen Erfolge möchte ich Ihnen im Namen der Volksrepublik China das folgende Angebot unterbreiten: Wir sind daran interessiert, mit Ihnen gemeinsam die erheblichen Gasreserven im Hochland nutzbar zu machen. Für eine profitable Ausbeutung bedarf es nach unseren Einschätzungen des Aufbaus einer geeigneten Infrastruktur, insbesondere zur Förderung und Verflüssigung des Gases im Fördergebiet rund um den Lake Kutubu und zum Transport. Zu Letzterem gehören unter anderem der Ausbau eines für die Verschiffung von Flüssiggas geeigneten Hafens und ein Straßenbau-Programm.

Zu diesem Zweck möchten wir Ihnen das Angebot eines Kredits im Umfang von 2,4 Milliarden US-Dollar unterbreiten. Der Kredit ist über dreißig Jahre mit jährlichen Rückzahlungen in Höhe von 80 Millionen US-Dollar zu tilgen. Die Rückzahlungen beginnen im Jahr des Beginns der Gasförderung. Der Kredit ist nicht verzinst. Die Rückzahlung wird vollständig und ausschließlich durch die Lieferung von Flüssiggas abgegolten. Bei der Berechnung wird der tägliche Weltmarktpreis zugrunde gelegt.

Nach unseren Berechnungen sind bis zu 250.000 Kubikmeter täglicher Förderleistung zu erwarten, so dass unsere Forderungen für Sie leicht erfüllbar sein werden. Darüber hinaus ist unser erfolgreiches Offshore-Ölunternehmen, die *National Offshore Oil Corporation* (CNOOC) in der Lage, Ihnen gut ausgebildete und erfahrene Fachleute für den Aufbau der Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Die Details der Umsetzung des Projektplans sind Gegenstand zukünftiger Verhandlungen.

Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Kreditvergabe mit keinerlei Bedingungen hinsichtlich der Wirtschaftspolitik Ihres Landes verbunden ist. Die Volksrepublik China lässt sich in ihrer Außenpolitik von dem strikten Grundsatz der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder leiten.

Wir würden uns sehr geehrt fühlen, wenn Sie namens Ihres Landes unser Angebot annehmen würden. Selbstverständlich stehen wir Ihnen gerne mit detaillierten Informationen zur Verfügung.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Xian Jingyi
Botschafterin der Volksrepublik China

Das ist Ihre Rolle:

Sie sind Mitglieder der Arbeitsgruppe „Gasförderung“ des Finanzministeriums. Das Finanzministerium befürwortet eine Kreditaufnahme bei China. Mit den späteren Einnahmen aus dem Gasverkauf lässt sich der Kredit schließlich problemlos zurückzahlen.

Die Regierung ist entschlossen, das Land zu modernisieren und einen immer größeren Teil der Bevölkerung am modernen Wohlstand teilhaben zu lassen. Das wäre ohne eine Ausweitung der Einnahmen des Staates kaum zu schaffen.

Das sind die Aufgaben Ihrer Gruppe:

1. Lesen Sie alle Unterlagen, die Ihre Gruppe bekommen hat.
2. Wählen Sie aus der Arbeitsgruppe eine*n Finanzminister*in. Diese*r wird die bei der Anhörung die Arbeitsgruppe auf dem Podium vertreten.
3. Alle Mitglieder der Arbeitsgruppe beraten den*die Finanzminister*in. Sie wissen, dass die Frage der Kreditaufnahme umstritten ist. Deshalb überlegen Sie sich gemeinsam überzeugende Argumente für die Anhörung. Bereiten Sie ein maximal 3-minütiges Eingangsstatement vor. Überlegen Sie auch, wie man die Einwände der anderen Gruppen entkräften könnte.

Informationen für das Finanzministerium:

Das Finanzministerium tritt dafür ein, dass möglichst schnell ein Gasförderungsgesetz verabschiedet wird. Dieses Gesetz soll regeln, wie die Einnahmen verteilt werden. Es bietet die Voraussetzung dafür, dass alle Menschen vom Gas profitieren und die Armut im Land sinkt:

1. Das Gasförderungsgesetz sieht vor, dass alle Zahlungen der Erdgaskonzerne an den Staat offen gelegt werden.
2. Drei Viertel der Gaseinnahmen sollen in den Staatshaushalt fließen und vor allem für Landwirtschaft, Bildung und Straßenbau verwendet werden. Der Rest soll

gespart werden, und zwar in einem Staatsfonds für zukünftige Generationen und einem Stabilisierungsfonds für Krisenzeiten, falls der Gaspreis sinkt.

Es liegt ein weiterer Gesetzentwurf vor. Er sieht vor, dass papua-neuguineische Fachkräfte ausgebildet werden und dass 90 Prozent der Aufträge an heimische Unternehmen vergeben werden müssen.

Aus der Zeitung wissen Sie, dass die Zivilgesellschaft in ihrem Land befürchtet, dass die Gasförderung in Papua-Neuguinea weiterhin nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zugute kommt, während ein großer Teil unter den negativen Auswirkungen zu leiden hat: Landenteignungen für die Gasbohrungen, Pipelines und Verschiffungshäfen. Dazu kommen immer wieder Lecks in den bereits existierenden Pipelines mit erheblichen Gesundheitsgefährdungen für die ansässige Bevölkerung.

Die Zivilgesellschaft fürchtet außerdem, dass ausländische Konzerne das Gasgeschäft komplett übernehmen könnten. Sie denken, dass die Erdgasförderung einige wenige reich machen wird, während die Mehrheit der Bevölkerung verarmt.

Kritiker*innen merken außerdem an, dass der Weltmarktpreis für Gas in den letzten Jahren dramatisch eingebrochen ist und sich erst seit diesem Jahr langsam wieder seinem früheren Niveau annähert. Sie halten die Einnahmeerwartungen der Regierung für unrealistisch. Außerdem befürchten sie, dass die heimische Währung Kina gegenüber dem US-Dollar aufgewertet werden könnte, wie es in rohstoffexportierenden Ländern schon oft vorgekommen ist („Dutch Disease“). Dadurch würden alle anderen Exporte des Landes auf den Märkten Australiens oder anderer Abnehmerländer weniger konkurrenzfähig. Die Einnahmen würden sinken und am Ende hätte außer den Rohstoffexporteuren niemand gewonnen.

Für derartige negative Entwicklungen sieht das Finanzministerium jedoch keinerlei Anzeichen. Außerdem sollen bereits ausgearbeitete Gesetzentwürfe diese Probleme vermeiden.

Das Finanzministerium betont immer wieder öffentlich, man solle die ausländischen Firmen nicht schlecht reden. Sie seien sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst. Der an der bereits laufenden Gasförderung führend beteiligte französische Gaskonzern *Total* habe angekündigt, jedes Jahr 114 Stipendien zu vergeben, um Papua-Neuguineer*innen eine akademische Ausbildung im Gassektor zu ermöglichen. Über zwei lokale Radiostationen sollen Bildungsprogramme ausgestrahlt werden, in denen Repräsentant*innen des Konzerns sich kritischen Fragen stellen.

Im Übrigen ist auch noch Luft im Staatshaushalt, um in Notzeiten weitere Kredite aufzunehmen und bedienen zu können.

Wirtschaftsministerium

Das ist Ihre Rolle:

Sie sind Mitglieder der Arbeitsgruppe „Gasförderung“ des Wirtschaftsministeriums. Das Wirtschaftsministerium befürwortet eine Kreditaufnahme bei China. Mit den späteren Einnahmen aus dem Gasverkauf lässt sich der Kredit schließlich problemlos zurückzahlen und die Wirtschaft Papua-Neuguineas wird von der Gasförderung stark profitieren.

Das sind die Aufgaben Ihrer Gruppe:

1. Lesen Sie alle Unterlagen, die Ihre Gruppe bekommen hat.
2. Wählen Sie aus der Arbeitsgruppe eine*n Wirtschaftsminister*in. Diese*r wird die bei der Anhörung die Arbeitsgruppe auf dem Podium vertreten.
3. Als Mitglieder der Arbeitsgruppe beraten den*die Wirtschaftsminister*in. Sie wissen, dass die Frage der Kreditaufnahme umstritten ist. Deshalb überlegen Sie sich gemeinsam überzeugende Argumente für die Anhörung. Bereiten Sie ein maximal 3-minütiges Eingangsstatement vor. Überlegen Sie auch, wie man die Einwände der anderen Gruppen entkräften könnte.

Informationen für das Wirtschaftsministerium:

Das Wirtschaftsministerium sieht in der Gasförderung den Motor für einen gigantischen wirtschaftlichen Aufschwung in Papua-Neuguinea.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird sich Ihrer Meinung nach in folgenden Bereichen zeigen:

Wachstum der Staatseinnahmen

Es liegt bereits ein Entwurf für ein Gasfördergesetz vor, das vorsieht, dass drei Viertel der Gaseinnahmen in den Staatshaushalt fließen sollen. Der Rest soll gespart werden. Außerdem sieht das Gesetz vor, dass alle Zahlungen der Gaskonzerne an den Staat offen gelegt werden sollen.

Entstehung neuer Unternehmen

Die Regierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, dem zufolge die Konzerne, die Gas fördern, 90 Prozent der Aufträge an papua-neuguineische Firmen vergeben müssen. Davon würde vor allem das Baugewerbe profitieren, eine Zementindustrie könnte entstehen, der Straßenbau würde angekurbelt. Viele weitere Wirtschaftszweige würden profitieren wie Dienstleistungen, Handel, Hotelgewerbe, Tourismus und Gastronomie.

Arbeitsplätze und Löhne

Die Industrie- und Handelskammer des Landes schätzt, die Industrie könne 100.000 Arbeitsplätze für Papua-Neuguineer*innen schaffen. Das Energieministerium spricht etwas vorsichtiger von 10.000 neuen Jobs.

Im Durchschnitt verdienen die Papua-Neuguineer*innen, welche überhaupt im formellen Sektor beschäftigt sind, umgerechnet rund 190 US-Dollar im Monat. Investoren verkünden, dass in der Gas-Exploration ein Mindestlohn von umgerechnet 2.800 US-Dollar monatlich gelte – das wäre das 14-fache Gehalt.

*Ausbildung von Facharbeiter*innen*

Es besteht großer Bedarf an papua-neuguineischen Facharbeiter*innen. Die Kurse haben bereits begonnen und werden von erfahrenen Ingenieur*innen der Branche geleitet. Auszubildende berichten von den zwar langen, aber sehr gut vorbereiteten und informativen Unterrichtstagen, der guten Ausrüstung und kompetenten Dozent*innen.

Die Kursgebühr für einen dreimonatigen Kurs ist allerdings mit 3.000 US-Dollar sehr hoch. Wenn man aber die zu erwartenden Löhne sieht, ist das nicht viel. Nach Informationen des Arbeitsministeriums konnten noch vor Beginn der Gasförderung 813 papua-neuguineische Fachkräfte qualifiziert werden. Das Erziehungsministerium nutzt den zinsgünstigen Kredit eines europäischen Gebers, um den angehenden Fachkräften Stipendien anzubieten, die diese mit ihren späteren Löhnen zurückzahlen können.

Das ist Ihre Rolle:

Sie sind Mitglieder der Nichtregierungsorganisation *Bismarck Ramu Group*, deren Namen sich noch aus Ortsbezeichnungen aus der Kolonialzeit herleitet. Sie engagieren sich in der kritischen Wirtschaftsforschung in Papua-Neuguinea und wollen verhindern, dass untragbar hohe Schulden die erreichten Entwicklungsfortschritte gefährden. Als Nichtregierungsorganisation sind sie unabhängig vom Staat. Sie vertreten die Interessen der armen Menschen, vor allem von Frauen und Kindern, die unter staatlichen Sparmaßnahmen am meisten leiden.

Aufgrund von negativen Erfahrungen in anderen Ländern des Globalen Südens, die in großen Stil in die Rohstoffausbeutung investiert haben, sind sie gegen die Annahme des chinesischen Kredits.

Das sind die Aufgaben Ihrer Gruppe:

1. Lesen Sie alle Unterlagen, die Ihre Gruppe bekommen hat.
2. Wählen Sie aus der Arbeitsgruppe eine*n Sprecher*in. Diese*r wird bei der Anhörung die Arbeitsgruppe auf dem Podium vertreten.
3. Alle Mitglieder der Gruppe beraten den*die Sprecher*in. Sie überlegen sich gemeinsam überzeugende Argumente für die Anhörung. Bereiten Sie ein maximal 3-minütiges Eingangsstatement vor. Überlegen Sie auch, wie man die Argumente der Ministerien entkräften könnte.
4. Bereiten Sie auch für jedes Mitglied ihrer Organisation, das bei der Anhörung im Publikum sitzt, einen Beitrag oder eine kritische Frage vor.

Informationen für die *Bismarck Ramu Group*:

In der Tageszeitung ist zu lesen, dass sich das Finanz- und das Wirtschaftsministerium vehement für die Annahme des Kredits einsetzen.

Das Finanzministerium tritt dafür ein, dass möglichst schnell ein Gasfördergesetz verabschiedet wird. Dieses Gesetz soll regeln, wie die Einnahmen verteilt werden. Es bietet die Voraussetzung dafür, dass alle Menschen vom Gas profitieren und die Armut im Land sinkt:

1. Das Gasfördergesetz sieht vor, dass alle Zahlungen der Energiekonzerne an den Staat offen gelegt werden.
2. Drei Viertel der Gaseinnahmen sollen in den Staatshaushalt fließen und vor allem für Landwirtschaft, Bildung und Straßenbau verwendet werden. Der Rest soll gespart werden, und zwar in einem Staatsfonds für zukünftige Generationen und einem Stabilisierungsfonds für Krisenzeiten, falls der Gaspreis sinkt.

Ein weiterer Gesetzentwurf sieht vor, dass papua-neuguineische Fachkräfte ausgebildet werden und dass 90 Prozent der Aufträge an heimische Unternehmen vergeben werden müssen.

Die Regierung rechnet mit einem gigantischen Wirtschaftswachstum, das allen Bevölkerungsschichten zugute kommen wird.

Nigeria als abschreckendes Beispiel

Ihre Organisation ist sehr skeptisch gegenüber den versprochenen Segnungen, die die Gasförderung bringen soll. Sie haben sich intensiv mit den Auswirkungen der Ölförderung auf die Wirtschaft und die Bevölkerung in Nigeria befasst.

Aus den Medien wissen sie, dass das Nigerdelta durch die Ölförderung mittlerweile extrem stark verschmutzt ist. Westliche Konzerne zahlen Angestellten aus dem Ausland hohe Gehälter, aber nur wenige Nigerianer*innen profitieren vom Wohlstand. Zahlreiche Fischer*innen und Bäuer*innen haben durch die Verschmutzung von Land und Böden ihre Existenzgrundlage verloren. Der Anteil nigerianischer Firmen am Wertschöpfungsprozess beträgt laut Angaben der dortigen Regierung weniger als ein Fünftel.

Ihre Nichtregierungsorganisation befürchtet noch größere Probleme für Papua-Neuguinea, wenn die Gasförderung nicht wie in Nigeria vor der Küste, sondern in dem schwer zugänglichen Hochland ausgebaut wird.

Kaum neue Arbeitsplätze und Anstieg des Preisniveaus

Es ist nicht möglich, dass in kurzer Zeit die benötigten erfahrenen Fachkräfte in Papua-Neuguinea mit seinem schwachen Erziehungssystem ausgebildet werden. Aufgrund dessen bezweifelt Ihre Nichtregierungsorganisation auch, dass die bereits ausgebildeten Fachkräfte, mit denen das Wirtschaftsministerium wirbt, in der Lage sind, höhere Positionen einzunehmen. Folglich werden die ausländischen Unternehmen ihre eigenen Leute mitbringen. Ihre Organisation schätzt, dass durch die Ausweitung der Gasproduktion höchstens 1.500 direkte Arbeitsplätze entstehen, die von einheimischen Arbeiter*innen und Angestellten besetzt werden.

Die ausländischen Fachkräfte brauchen Wohnungen und Lebensmittel. Das treibt die Preise für Miete, Essen oder Transport hoch. Die Ausländer*innen werden wenig auf den einheimischen Märkten einkaufen. Das meiste lassen sie sich aus dem Ausland schicken. Dies wird die Wirtschaft kaum fördern, sondern ihr eher schaden.

Ihre Organisation befürchtet, dass Papua-Neuguinea noch stärker ein zweigeteiltes Land wird: wenige, die in großem Reichtum leben, und viele, die immer weiter in die Armut getrieben werden.

Anstieg der Korruption und der staatlichen Repression

Das geplante Gasförderungsgesetz, auf das die Ministerien gerne verweisen, regelt nicht, wie das Geld, das in den Staatshaushalt fließt, verteilt werden soll. Die Gremiumsmitglieder, die die Einhaltung des Gesetzes überwachen sollen, sollen anscheinend vom Präsidenten ernannt werden. Was das für die Zukunft bedeutet, ist unsicher. Es kann Korruption verhindern, aber auch fördern.

Sie befürchten, dass der Staat umso repressiver gegen eine kritische Zivilgesellschaft vorgeht, je mehr Geld für Inhaber staatlicher Stellen auf dem Spiel steht.

Gefahr einer Staatsschuldenkrise

Seit dem Verfall des Gaspreises hat die Regierung bereits öffentliche Anleihen an den internationalen Kapitalmärkten verkauft, auf die das Land über 6 Prozent Zinsen in harter Währung bezahlen muss. Die Regierung geht davon aus, dass die Gaseinnahmen für die Rückzahlung der Schulden problemlos ausreichen werden. Da man derzeit aber weder die Fördermengen kennt, noch weiß, ob angesichts der aktuellen Nachfrageschwäche der Gaspreis im Förderzeitraum hoch genug sein wird, ist das eine riskante Entwicklung, die das ohnehin arme Land eher zurückzuwerfen als voranzubringen droht.

Vereinigung der Bewohner*innen des Lake Kutubu

Das ist Ihre Rolle:

Sie sind Mitglieder der Vereinigung der Bewohner*innen des Lake Kutubu. Ihre Gruppe umfasst Dorfvorsteher*innen und junge Menschen, die aus der Seeregion im zentralen Hochland, in dem nun neue Gasreserven erschlossen werden sollen, stammen. Einige von Ihnen wohnen weiterhin traditionell in ihrer Heimat, während die Mehrheit in der Hauptstadt lebt und gelernt hat, sich mit der kritischen Seite des Gasexports auseinanderzusetzen. Sie haben ihre Familien und vor allem die maßgebenden Dorfvorsteher*innen vor den Gefahren des Gasexports gewarnt.

Da viele Bewohner*innen des Lake Kutubu Subsistenzbäuer*innen und Fischer*innen sind, hängt die Existenz der Menschen am See von einer intakten Umwelt ab. Sie haben alarmierende Berichte über zurückgehende Erträge in Gebieten gehört, in denen das Gas bereits gefördert wird oder durch die Pipelines zur Küste geleitet werden. Die Nichtregierungsorganisation *Bismarck Ramu Group* hat ihnen von den Folgen der Erdölförderung in Nigeria berichtet.

Das sind die Aufgaben Ihrer Gruppe:

1. Lesen Sie alle Unterlagen, die Ihre Gruppe bekommen hat.
2. Wählen Sie aus der Arbeitsgruppe eine*n Sprecher*in. Diese*r wird bei der Anhörung die Arbeitsgruppe auf dem Podium vertreten.
3. Alle Mitglieder der Gruppe beraten den*die Sprecher*in. Sie überlegen sich gemeinsam überzeugende Argumente für die Anhörung. Bereiten Sie ein maximal 3-minütiges Eingangsstatement vor. Überlegen Sie auch, wie man die Argumente der Ministerien entkräften könnte.
4. Bereiten Sie auch für jedes Mitglied ihrer Organisation, das bei der Anhörung im Publikum sitzt, einen Beitrag oder eine kritische Frage vor.

Information für die Vereinigung der Fischer*innen von Takoradi:

In der Tageszeitung ist zu lesen, dass sich das Finanz- und das Wirtschaftsministerium vehement für die Annahme des Kredits einsetzen.

Das Finanzministerium tritt dafür ein, dass möglichst schnell ein Gasfördergesetz verabschiedet wird. Dieses Gesetz soll regeln, wie die Einnahmen verteilt werden. Es bietet die Voraussetzung dafür, dass alle Menschen vom Gas profitieren und die Armut im Land sinkt:

1. Das Gasfördergesetz sieht vor, dass alle Zahlungen der Gaskonzerne an den Staat offen gelegt werden.
2. Drei Viertel der Gaseinnahmen sollen in den Staatshaushalt fließen und vor allem für Landwirtschaft, Bildung und Straßenbau verwendet werden. Der Rest soll gespart werden, und zwar in einem Staatsfonds für zukünftige Generationen und einem Stabilisierungsfonds für Krisenzeiten, falls der Gaspreis sinkt.

Ein weiterer Gesetzentwurf vor, dass papua-neuguineische Fachkräfte ausgebildet werden und dass 90 Prozent der Aufträge an örtliche Unternehmen vergeben werden müssen.

Alles in allem rechnen die Ministerien mit einem gigantischen Wirtschaftswachstum, das allen Bevölkerungsschichten zugute kommen wird.

Die Vereinigung der Bewohner*innen des Lake Kutubu ist generell gegen die Gasförderung und lehnt daher die Annahme des chinesischen Kreditangebots ab. Dabei spielt die Furcht vor Naturzerstörungen und in der Folge davon eine sinkende Produktivität der Landwirtschaft eine Rolle.

Zwar sind auch die Dorfvorsteher*innen dem Einzug moderner Errungenschaften wie Strom, Wasserversorgung, Telefon- und Handynetz gegenüber keineswegs abgeneigt, sie fürchten aber, dass bei Gaslecks ganze Landstriche unbewohnbar werden. Durch die Enge Verbindung der Menschen der Seeregion zu ihrer Umwelt ist der Gedanke, in einem solchen Fall Entschädigungen zu erhalten, aber die Heimat verlassen zu müssen und anderswo ein neues Leben zu beginnen, unvorstellbar.

In der Gasindustrie arbeiten auch jetzt schon viele Ausländer*innen. Sie kaufen fast nichts bei den Menschen in der unmittelbaren Umgebung ihrer Arbeitsplätze, weil sie

der Qualität nicht trauen. Auch sonst kaufen sie lieber die importierten Waren in den Supermärkten. Manche lassen sich überhaupt alles aus dem Ausland schicken. Die Bewohner*innen des Lake Kutubu würden also durch die ausländischen Arbeitskräfte kaum mehr verdienen.

Gleichzeitig befürchten Sie, dass in den wenigen Läden rund um den Lake Kutubu, in die Produkte aus dem Rest des Landes überhaupt gelangen, alles teurer wird, wenn noch mehr Ausländer*innen kommen. Sie befürchten, dass sie durch die steigenden Preise immer ärmer werden.

Die Regierung wirbt damit, dass sich technisch Interessierte zu Facharbeiter*innen für Gasförderung ausbilden lassen können. Eine solche Ausbildung würde ihnen ein gutes Einkommen sichern, so dass ihre Existenz nicht mehr von der Landwirtschaft abhängen würde. Das klingt verlockend. Sie kennen die genauen Rahmenbedingungen für eine solche Ausbildung nicht. Deshalb haben sie sich vorgenommen, hier genauer nachzufragen.

Mitglieder des Nationalen Kirchenrats von Papua-Neuguinea

Das ist Ihre Rolle:

Sie sind Mitglieder des Nationalen Kirchenrats, einer ökumenischen Dachorganisation, die eine Vielzahl christlicher Kirchen in Papua-Neuguinea vertritt. Viele Mitglieder haben enge Kontakte zur Regierung. Gleichzeitig sind sie als kirchliche Repräsentanten dazu verpflichtet, sich um die sozialen Belange der Kirchenmitglieder zu kümmern. Fast alle Bewohner*innen des Landes gehören einer der Mitgliedskirchen des Rates an.

Ihre Vereinigung ist gespalten, was die Meinung zum chinesischen Kreditangebot anbelangt.

Das sind die Aufgaben Ihrer Gruppe:

1. Lesen Sie alle Unterlagen, die Ihre Gruppe bekommen hat.
2. Wählen Sie aus der Arbeitsgruppe eine*n Vorsitzende*n. Diese*r wird bei der Anhörung die Arbeitsgruppe auf dem Podium vertreten.
3. Alle Mitglieder der Gruppe beraten den*die Sprecher*in. Sie überlegen sich gemeinsam überzeugende Argumente für die Anhörung. Bereiten Sie ein maximal 3-minütiges Eingangsstatement vor. Überlegen Sie auch, wie man die Argumente der Ministerien entkräften könnte.
4. Bereiten Sie auch für jedes Mitglied ihrer Organisation, das bei der Anhörung im Publikum sitzt, einen Beitrag oder eine kritische Frage vor.

Information für das *Christian Council*:

In der Tageszeitung ist zu lesen, dass sich das Finanz- und das Wirtschaftsministerium vehement für die Annahme des Kredits einsetzen.

Das Finanzministerium tritt dafür ein, dass möglichst schnell ein Gasförderungsgesetz verabschiedet wird. Dieses Gesetz soll regeln, wie die Einnahmen verteilt werden.

Es bietet die Voraussetzung dafür, dass alle Menschen vom Gas profitieren und die Armut im Land sinkt:

1. Das Gasfördergesetz sieht vor, dass alle Zahlungen der Erdölkonzerne an den Staat offen gelegt werden.
2. Drei Viertel der Gaseinnahmen sollen in den Staatshaushalt fließen und vor allem für Landwirtschaft, Bildung und Straßenbau verwendet werden. Der Rest soll gespart werden, und zwar in einem Staatsfonds für zukünftige Generationen und einem Stabilisierungsfonds für Krisenzeiten, falls der Gaspreis sinkt.

Ein weiterer Gesetzentwurf sieht vor, dass papua-neuguineische Fachkräfte ausgebildet werden und dass 90 Prozent der Aufträge an örtliche Unternehmen vergeben werden müssen. Es wurde bereits eine erste Gruppe von 836 Personen mit gutem Erfolg ausgebildet. Sie wissen aber nicht, welche Qualifikationen die Ausbildung vermittelt hat. Ihre Organisation begrüßt grundsätzlich die Chance für die Menschen, sich von der Abhängigkeit von der Subsistenzwirtschaft zu befreien.

Die Ministerien rechnen mit einem gigantischen Wirtschaftswachstum, das allen Bevölkerungsschichten zugute kommen wird.

Der Nationale Kirchenrat unterstützt im Wesentlichen die Pläne der Regierung. Ihnen ist jedoch wichtig, dass sichergestellt wird, dass das Wirtschaftswachstum wirklich allen Menschen zugute kommt.

Darüber hinaus befürchten Sie, dass sich einige soziale und politische Probleme durch die Gasförderung verschärfen:

Armut durch steigende Mieten und Wohnungsnot

In den bereits existierenden Fördergebieten haben vielen ihrer Mitgliedsgemeinden festgestellt, dass alles teurer wird: die Schulgebühren, die Lebenshaltungskosten und vor allem die Mieten. Es wird schwierig, kleine Wohnungen zu finden. Die Vermieter warten auf die ausländischen Arbeiter*innen, die sich teure Wohnungen leisten können.

Der Kirchenrat befürchtet, dass Papua-Neuguinea noch stärker ein zweigeteiltes Land wird: wenige, die in großem Reichtum leben, und viele, die immer weiter in die Armut getrieben werden.

Anstieg von Prostitution und Kriminalität

Aus langjähriger Erfahrung weiß Ihre Vereinigung, dass Städte, die schnell und unkoordiniert wachsen, auch immer Prostitution anziehen. Auf der einen Seite stehen junge Frauen, die sich wegen der hohen Preise das Leben in der Stadt nicht leisten können. Sie sehen in der Prostitution einen Weg, um überleben zu können. Auf der anderen Seite stehen die ausländischen Arbeiter, häufig junge Männer ohne Familien, die Sexarbeiter*innen aufsuchen. Sie können in Clubs viel Geld für Alkohol und Drogen ausgeben. Diese Goldgräberstimmung erzeugt auch ein Klima zunehmender Kriminalität.

Ihre Vereinigung befürchtet auch, dass Infektionen mit HIV/AIDS ansteigen werden. Vorsorglich ist Ihre Vereinigung schon dabei, Sozialarbeiter*innen speziell für die zu erwartenden Probleme im geplanten Fördergebiet rund um den Lake Kutubu auszubilden. Leider fehlen derzeit noch Schulen und Studienplätze für Soziale Arbeit. Einzelne ausländische Kirchen und Missionswerke sind aber bereit ihnen zu helfen.

Anstieg der Korruption

Das geplante Gasförderungsgesetz, auf das die Ministerien gerne verweisen, regelt nicht, wie das Geld, das in den Staatshaushalt fließt, verteilt werden soll. Die Gremiumsmitglieder, die die Einhaltung des Gesetzes überwachen sollen, sollen anscheinend vom Präsidenten ernannt werden. Was das für die Zukunft bedeutet, ist unsicher. Es kann Korruption verhindern, aber auch fördern.

Tageszeitung: One Papua New Guinea

Das ist Ihre Rolle:

Sie sind Journalist*innen der landesweiten Tageszeitung *One Papua New Guinea*. Sie berichten regelmäßig vom Stand der Erschließung der Gasfelder. Natürlich haben Sie auch über das chinesische Kreditangebot berichtet.

Ihre Zeitung ist unabhängig. Sie berichten auch über die Meinung der Zivilgesellschaft und über umstrittene Positionen. Eine leicht regierungsfreundliche Tendenz ist den Veröffentlichungen allerdings zu entnehmen. Seit eine andere große Zeitung von der Regierung mit einem Anzeigenboykott belegt wurde, ist ihre Redaktionsleitung noch etwas vorsichtiger geworden. Ihre wirtschaftliche Basis ist nicht sehr stark.

Die Regierung hat Sie beauftragt, eine Anhörung zur geplanten Gasförderung in Papua-Neuguinea zu leiten. An dieser werden der*die Finanzminister*in, der*die Wirtschaftsminister*in, der*die Sprecher*in der Nichtregierungsorganisation *Bismarck Ramu Group*, ein*e Sprecher*in der Bewohner*innen des Fördergebiets Lake Kutubu sowie der*die Vorsitzende des Nationalen Kirchenrats teilnehmen.

Zwar liegt die letztendliche Entscheidung über die Annahme des Angebots bei der Regierung. Im Sinne der Demokratie ist dieser jedoch daran gelegen, dass die Entscheidung transparent ist. Es soll daher im Anschluss an die Diskussion abgestimmt werden, ob der Kredit aus China zur Ölförderung angenommen werden soll oder nicht, um ein Meinungsbild zu erstellen.

Das sind die Aufgaben Ihrer Gruppe:

1. Wählen Sie aus der Arbeitsgruppe eine*n Chefredakteur*in. Diese*r wird die Anhörung leiten.
2. Als Journalist*innen bitten Sie im Laufe der Gruppenphase Vertreter*innen der anderen Gruppen um kurze Interviews, um sich besser auf deren Positionen vorbereiten zu können. Recherchieren Sie so die zentralen Argumente der einzelnen Gruppen. Erfragen Sie auch, wer die Gruppe auf dem Podium vertreten wird.

3. Gemeinsam planen Sie den Ablauf der Anhörung und überlegen sich geeignete Fragen an die verschiedenen Diskussionsteilnehmer*innen. Informationen zum Ablauf der Anhörung finden Sie weiter unten.
4. Alle Journalist*innen aus Ihrer Gruppe unterstützen den*die Chefredakteur*in durch kritische Rückfragen aus dem Publikum.

Informationen zum Ablauf der Anhörung:

- Im Abschluss an die Gruppenphase leiten Sie den Umbau für die Anhörung: Bauen Sie dazu ein Podium mit sechs Plätzen auf. Das Publikum sitzt in Reihen davor.
- Der*die Chefredakteur*in moderiert die Veranstaltung:
 - Führen Sie zunächst in das Thema ein und erklären Sie das Ziel der Veranstaltung.
 - Stellen Sie die Diskussionsteilnehmer*innen vor.
 - Geben Sie den Diskussionsteilnehmer*innen je 2-3 Minuten Zeit, Stellung zu beziehen.
 - Stellen Sie anschließend die vorher vorbereiteten Fragen.
 - Nach ca. 30 Minuten öffnen Sie die Diskussion für Fragen aus dem Publikum. Nach ca. 45 Minuten beenden Sie die Diskussion.
 - Bitten Sie zum Abschluss um eine Abstimmung per Handzeichen: Wer ist für die Annahme des chinesischen Angebots? Wer ist dagegen?